

Bezugsgebühr:

Wertheimlich ist Bezug bei täglich  
gewöhnlicher Ausgabe durch untere  
Posten, überab und mehrges., am  
Son- und Montag nur einmal  
a. 10. 50 Pf. auch aufdringliche Post-  
mitteilung a. 10 Pf. bei, a. 10. 50 Pf.  
Bei einemmaliger Ausgabe durch die  
Post 10 Pf. ohne Beauftragung im Aus-  
land mit entsprechendem Beitrage.  
Abdruck oder Artikel a. Original-  
ausgaben nur mit beschränkter  
Rechte ausgabe. (Dresd. Rund.)  
außer. Nachdrückliche Honorar-  
erklärung bleibt unverbindlich;  
unberührte Manuskripte werden  
nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adressen:  
Nachrichten Dresden.

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856.

Lobeck & Co.

Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen.  
Schokoladen, Kakaos, Desserts.  
Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Hauptgeschäftsstelle:

Marienstr. 38/40.

Anzeigen-Carit.

Mindestpreis von Anzeigenungen  
bis nachmittags Uhr. Sonn- und  
Feiertag nur Abweichung ab von  
11 bis 12 Uhr. Die 1-polige Gravur  
seit 10. 50 Pf. 20 Pf. In  
Ausgaben auf der Umschlagseite  
25 Pf. die 2-polige Seite als „Zwei-  
seitig“ oder auf Tafeln ab 25 Pf.  
Im Raum nach Sonn- und Feier-  
tag 1. bis 2. Abteilung Gravur  
20. 40 bis 50 und 50 Pf. nach re-  
spondem Tarif. Auswärtige An-  
zeige nur gegen Voranschlagum.  
Belegblätter werden mit 10 Pf.  
berechnet.

Bernbuchsatzabzug:

Amt I Nr. 11 und Nr. 2098.

Permanente Ausstellung

vom  
Braut-Ausstattungen u. Zimmer-Einrichtungen  
in allen Städten und Preislagen. — Zum Beispiel zahlt ein  
G. Ritter, Möbelfabrik, Marschallstrasse 3.  
Catalog gratis und franco.

Gelbke & Benedictus

G. m. b. H.  
Dresden-L, Löbauer Strasse 32.  
Man verlangt Preisbuch.

Kaffee

Scherzerikel

Bekleidung

Fächer

Strausen \* Marabu \* Gaze

Größte Auswahl, jede Preislage

Friedr. Pachtmann, Schloss-Strasse.

## Geradehalter,

Nr. 312. Epigol: Rede Balfours. Landtag, Stadtverordnetenwohlen, Park- und Gartenanlagen, Kleinstadt, Lotteriefeiste.

Carl Wendschuchs Etablissement Struvestrasse 11.

### Zur Rede Lord Balfours.

Der englische Premierminister Lord Balfour hat bei dem Londoner-Bankett in London, wie üblich, eine große Rede gehalten, nicht über die innere, sondern ausschließlich über die auswärtige Politik. Einem Aufschluß über die internationale Lage, wie sie in Wirklichkeit zur Zeit beschaffen ist, wird man von einer solchen Rede nicht erwarten dürfen, die die großen Probleme, welche augenscheinlich die Kabinette der Großmächte beschäftigen, doch lediglich unter dem Gesichtspunkt der britischen Politik beobachtet und naturgemäß das Wichtigste, was einen Blick hinter die Kulissen gestatten könnte, unausgesprochen läßt. Die auswärtige Politik, hat Bismarck, der Großmeister der Politik, einmal bemerkt, ist nicht ein Gewerbe der Art, daß sie unbedingt die vorhergehende Veröffentlichung aller ihrer Phasen verträgt. Auch in England, dem klassischen Lande des streng parlamentarischen Regierungssystems, sind die Träger der äußeren Politik keineswegs die parlamentarischen Mehrheiten, sondern die wenigen jeweils regierenden Diplomaten, die gar nicht in der Lage sind, wenn sie den gesunden Nationalismus nicht verleugnen sollen, die Offenheit fortlaufend über den Stand und den Verlauf der internationalen Angelegenheiten getreulich zu unterrichten. Es verträgt sich eben nicht mit dem Charakter der auswärtigen Politik, daß sie von dem verantwortlichen Staatssekretär auf der Rednertribüne genau so rücksichtslos behandelt wird, wie die innerpolitischen Fragen, und man darf daher an eine Vorentscheidung eines englischen Kabinetts, die nur die internationalen Aufgaben erörtert, nicht den Aufschluß finden, daß sie einen erlösenden Einblick gewährt und einen zuverlässigen Anhalt zur sichereren Beurteilung der gegenwärtigen Situation und des Entwicklungsganges der äußeren Politik bietet. Gewisser Gemeinplätzlich kann eine Rede, in der sich der Leiter einer Großmacht mit den Dingen beschäftigt, die die Interessen aller Staaten ersten Ranges berühren, gewöhnlich nicht entbehren, und so läßt die Balfour'sche Rede jede Möglichkeit offen, die sich aus den gegenwärtigen kritischen Verhältnissen im fernen Osten oder im europäischen Orient noch eröffnen kann. Die Ausschöpfungen des britischen Ministerreichs geben der pessimistischen wie der optimistischen Auffassung freien Raum; wer das Bedürfnis hat, seine Besorgnisse zu verstärken, sei es wegen der maledonischen Frage, sei es um des russisch-japanischen Konflikts willen, der kann es an der Hand des Balfour'schen Speeches ebenso befriedigen, wie man daraus das Gefühl der Verhüllung zu verstärken vermag, daß die internationale Lage in ihrem jetzigen Stadium einschläft. Jedem „Iwar“ folgt bei Balfour wohlweislich alsbald ein „Aber“: in dem gegenwärtigen Stande der Weltangelegenheiten, versichert er, sei zwar nichts, was eine niederrückende Bedrohung verlaufen könnte, aber er könne auch nicht sagen, daß kein Anlaß zur Besorgnis bestünde, der den Minister des Neueren beunruhigen könnte.

Als einen Hauptfaktor für die Beurteilung der ostasiatischen Krise bewertet Balfour die Friedensliebe des Japans. Vom politischen Standpunkte hat man allerdings alle Unsicherheit, die Stärke dieser Friedensliebe doch anzuschlagen, da ih es die Engländer vorgezogen seien zu danken haben, daß der südostasiatische Krieg zu einem für sie siegreichen Ausgang geführt werden konnte. Indes hat auch der Friedenswillen des Kaisers Nikolaus keine natürlichen Schranken, die außerhalb seines Bereiches liegen. Der Krieg in Ostasien würde unausbleiblich sein, sobald die Japaner zu der Übergabeung gelangt sind, daß der Augenblick zum Loschlagen gekommen ist, weil je weiter er hinausgezögert wird, die Aussichten auf entscheidende Erfolge um so ungünstiger werden müssen. Balfour gibt der Überzeugung Ausdruck, daß Japan, Englands Verbündeter, Möglichkeit und Besonntheit bei der Stellung seiner Armeen beweisen werde und daß man ohne Beunruhigung die bis jetzt nicht gelösten Schwierigkeiten und Angelegenheiten betrachten könne, welche die Diplomatie im äußeren Osten beschäftigen. Auch wenn der englische Premierminister einer gegentäglichen Ansicht wolle, so würde er doch schwerlich in der Lage sein, sich anders zu äußern, weil er sonst erheblich zur Verschärfung der Situation in einer der englischen Politik nicht erwünschten Weise beitragen könnte. Gewiß haben sich leider die Japaner als besonnene Realpolitiker bewährt, die nicht gerüstet sind, sich leichtfertig auf einen Wassergang mit Russland einzulassen. Zu viel steht für sie dabei auf dem Spiele. Japans Niederlage würde die Vereinigung seiner feindlichen Erzeugungen und noch nicht hinreichend festgestellten Großmachtstellung bedeuten. Wenn aber andererseits die Japaner bei den Erzeugungen des Für und Wider eines Krieges zu dem unabänderlichen Ergebnis gelangen mühten, daß die Zukunft ihres Vaterlandes nur auf dem Wege einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Russland liegen fann, dann werden nicht mehr allein Mächtigung und Besinnlichkeit, sondern hauptsächlich die nationalen Lebensinteressen den Ausdruck geben. Daß ein russisch-japanischer Krieg, der die Machtfrage entscheidet, wenn die Oberhoheit in Ostasien gebüllt, früher oder später unvermeidlich ist, steht schon heute außer allem Zweifel; denn ohne Krieg wird Russland die Mandatschule behalten und auch Korea allmählich seiner Machtigkeit unterwerfen, was Japan nicht dulden kann. Hat ebenso zweifellos schief es jedoch auch, daß sich die Machtverhältnisse in Ostasien je länger je mehr zu ungünstigen Japans verschoben müssen.

während sich Russlands Position dort von Jahr zu Jahr, vornehmlich in militärischer Hinsicht, verbessern muß. In jedem Falle bleibt die Kriegsgefahr im fernen Osten latent, wenn sich auch vielleicht die Meinung Lord Balfours, daß die dortige Situation momentan keinen Grund zur Beunruhigung biete, als begründet erweisen sollte.

Die orientalische Frage erachtet der englische Premierminister für ungleich schwieriger als die ostasiatische. Er meint, daß die Krankheit, um die es sich bei den maledonischen Wirren handelt, nicht ein für allemal durch diplomatische Geschicklichkeit geheilt werden könne; wie sich aber die endgültige Lösung vollziehen soll, hat er ausdrücklich nicht angegeben. Offenbar will er andeuten, daß schlicht ohne Krieg das große orientalische Problem nicht entschieden werden kann. Bis auf Weiteres hält wohl auch Balfour die Krise auf der Balkanhalbinsel ihres unmittelbar gefährdrohenden Charakters für entledigt und befürchtet nicht, daß die maledonischen Unruhen alsbald wieder ausbrechen werden. Er erachtet zwar die Reformaktion Österreich-Ungarns und Russlands durchaus nicht als etwas Vollkommenes, sondern bloß als das Minimum dessen, was geziichtet müsse; aber das gemeinsame Vorgehen der beiden Mächte hat doch bereits den Erfolg gehabt, die Uebelstände einzuschränken, und es wird auch fernerhin zur Verhüllung beitragen, da es verhindert, daß die orientalische Angelegenheit „den Launen und dem Egoismus dieser oder jener einzelnen Nation“ überlassen wird. Balfour sieht es für ausgeschlossen an, daß die jährl. in Münztag vereinbarten Reformvorschläge Russlands und Österreich-Ungarns, die als Vertreter der Signatarmähte des Berliner Vertrages handeln, durch direkte Ablehnung oder durch ein unaufhörliches Hinziehen zurückgewiesen werden könnten. In ihrer Antwort auf die letzte Reformnote ist die Flotte stillschweigend über die Hauptpunkte hinweggegangen, aber gerade die Balfour'sche Rede ist dazu angemon, die Erwartung zu verstärken, daß die ottomanische Regierung nach einem Sogern und Heilschen nachgeben wird, zumal sie sich, wie es der englische Premierminister soeben bestätigt, dem einmütigen Willen der europäischen Großmächte gegenüberstellt.

Balfour'sche Rede giebt in einem begeisterten Friedensphantas. Der Gesicht der Hinfälligkeit der orientalischen Völker gegenüber, die Europa von Ostatien an bis nach Westafrika bedroht, soll es nicht Wichtigeres geben, als die unauslöschlich wachsende Empfindung unter den europäischen Nationen, daß sie im Einfluss untereinander wirken mühten unter Anwendung einer offenen und freimütigen Diplomatie. Man müßt damit rechnen, den Geist wachsen zu sehen, der die Schiedsgerichtsverträge wie den zwischen England und Frankreich abgeschlossen eingegangen habe, den Geist, welcher jeder europäischen Regierung zum Bewußtsein bringe, daß sie ein Verbrechen begeht, wenn sie die Nation in einen Krieg treibt, und daß man Streitigkeiten einem Gerichte, gegen dessen Entscheidung es keine Berufung gibt, unterbreiten und in aller Offenheit einen loyalen Meinungsaustausch herbeiführen müsse, der das sicherste Mittel sei, um Mißverständnisse zu vermeiden.

Als die Chamberlain'sche Politik die Nation in den Krieg trieb, um die Freiheit und Unabhängigkeit der Vurenrepubliken zu verteidigen, beging sie kein Verbrechen; damals wurde jedes Unsinnen, in diesem Falle den Schiedsgerichtsgebunden zu verwirklichen, als eine Versündigung an der nationalen Ehre und Großmachtstellung Englands abgelehnt. Schon hieraus erhellt zur Genüge, welch praktischer Wert der augenscheinlich in England herrschenden Friedensströmung und Schiedsgerichtsbegeisterung beizumessen ist. Lord Balfour hat überdies ja selbst betont, daß die orientalische Krankheit nicht ein für allemal durch die Geschicklichkeit der Diplomaten geheilt werden könne, und sicher ist er nicht so naiv, zu glauben, daß Schiedsgerichtsverträge im stande sind, Machtfragen von der Art der ostasiatischen anders als auf kriegerischem Wege zu lösen.

### Neueste Drahtmeldungen vom 10. November.

(Nachts eingehende Nachrichten befinden sich Seite 4.)

Potsdam. Der Kaiser und die Kaiserin machten heute vormittag einen Spaziergang in der Umgebung des Neuen Palais.

Berlin. (Priv.-Tel.) Heute vormittag nahm der Kaiser im Neuen Palais die laufenden Vorträge entgegen. — Schlesische Orden erhielten: das Komturkreuz 1. Klasse des Albrechtsordens der Oberhofmeister der Großerzogin von Sachsen-Kommersherz Graf v. Wedem zu Weimar, das Offizierskreuz des Ordens Geh. Kabinettssekretär Geh. Hofrat Wob im Geheimen Ritterkabinett, das Ritterkreuz 1. Klasse des selben Ordens der Kammherz der Landwehr-Kavallerie Werner zu Magdeburg, der Regierungs- und Bourau-Riesen, Vorstand der Eisenbahnbetriebsdirektion I zu Görlitz, und der Geheime Kabinettssekretär Hofrat Knorr im Geheimen Ritterkabinett.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Kommission zur Vorberatung der Reform des Strafprozesses hat heute ihre unterbrochenen Sitzungen im Reichsjustizamt wieder aufgenommen. Ein Abschluß der Kommissionssitzungen ist noch nicht absehbar. — Der Beirat für Arbeiters-Statistik ist heute im Kaiserlichen Statistischen Amt zu einer neuen Sitzung zusammengetreten. Die Erhebungen betreffen die Arbeitszeit im Fleischer-

gewerbe, im Fuhrgewerbe und in Montoren, die gutachtl. Recherungen betreffend Arbeitslohnberichtigung werden diesmal beabsichtigt werden. Der Vorsteher Dr. Wilhelm ist wegen Krankheit auf längere Zeit deaktiviert. — Wie eine heutige Zeitungskorrespondenz aus bester Quelle hört, ist, entgegen den anders lautenden Mitteilungen, eine Flottenvorlage für die bevorstehende Tagung des Reichstags zu erwarten. — An Stelle der vorerstigen Großindustriellen Krupp und Siemens hat der Kaiser, einem hiesigen Blatte zufolge, abermals zwei Großindustrielle aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiete als Mitglieder in das Kreischaus haus.

Berlin. Der Posthalter der Flotte in Berlin Lewiss-Poßcha wird demnächst von seinem Posten scheiden und nach Konstantinopel zurückkehren. Über einen Nachfolger ist noch nichts endgültiges entschieden.

Berlin. (Priv.-Tel.) In der heutigen Verhandlung im Silesia-Club bildet der Vorsitzende folgende Anträge an die Geschworenen: Es ist ja bezeichnisch, daß die Presse sich auch mit diesem Prozeß beschäftigt. Ein Teil der Presse hat einen eigenartlichen Weg eingeschlagen, indem die in Betracht kommenden Verhältnisse von einem Standpunkt aus heruntergesetzt werden, der der Presse nicht gebührt. Sowohl die Unterdrückungsrichter werden schlecht gemacht. Ein Artikel zielt direkt auf eine Beeinflussung der Richter ab. Das ist ein ganz unethisches Verhalten. Das ist bisher nie Grundlos gewesen. Niemand hat vier Minutenreden, bis das Urteil gefällt sein wird, und es ist höchst bedauerlich und verunsichernd, daß hier davon abgesehen werden ist. Ich bitte die Herren Geschworenen, auf dies alles nicht zu achten, sondern allein darauf, was hier in der Verhandlung zur Sprache kommt. Der Staatsanwalt bemerkte sodann, daß Kind der Radwanja sei am 14. April geboren. Daraus könne man auf ihre Zeugung schließen. Unter allgemeiner Spannung wurde sodann Carlile Meyer geb. Parcia, vernommen. Sie bestandte, daß sie zwei Söhne von dem Hauptmann v. Biegler hatte, von denen der zweite am 22. Dezember 1896 geboren sei. Die Zeugin erzählte dann: Am 25. Januar 1897 erfolgte der Verlust des Kindes. Wie die Zeugin erklärte, konnte sie noch vielfach Fragen nie erfreuen, wo ihr Kind gestorben sei.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Hartungsche S.“ behauptet, es sei auf Betreiben des Agrar beabsichtigt, die Abgabe freiheit für die Schiffahrt auf Rhein und Elbe zu bestimmen. Ein entsprechender Plan wird in den Ministranten erörtert. Man wollte, um den Artikel 54 der Verfassung zu umgehen, die großen Strome nicht als natürliche, sondern wegen der Bauten und Regulierungen als künstliche Wasserstraßen bezeichnen. Man hoffe, die internationale Konvention den den Handelsvertretern mit Österreich, der Schweiz und Italien entsprechend ändern zu können.

Leipzig. (Priv.-Tel.) In der heutigen Monatsversammlung der

Städte-Vereinigung der Gewerbe beabsichtigt, die Abgabe freiheit für die Schiffahrt auf Rhein und Elbe zu bestimmen. Ein entsprechender Plan wird in den Ministranten erörtert. Man wollte, um den Artikel 54 der Verfassung zu umgehen, die großen Strome nicht als natürliche, sondern wegen der Bauten und Regulierungen als künstliche Wasserstraßen bezeichnen. Man hoffe, die internationale Konvention den den Handelsvertretern mit Österreich, der Schweiz und Italien entsprechend ändern zu können.

Den a. (Priv.-Tel.) Der defameerte Professor Dr. Thümmler lehnte ein Landtagsmandat ab, indem er heute folgende Erklärung veröffentlicht: „Die Thüringer Landeszeitung“ vom heutigen Tage bringt in einem Leiter eine Aufforderung mich als Kandidaten für die demokratischen Landtagswahl in Augen zu rufen. Dieser ohne mein Wissen veröffentlichte Aufforderung, zweifellos rechtlich absehbar, bitte ich jedoch keine weitere Rolle zu geben, da ich jetzt außer Stande bin, neben meinem akademischen Berufsleben ein Landtagsmandat zu übernehmen.“

Stendal. (Priv.-Tel.) In Stendal entstand am Sonntag abend eine Messerstecherei. Ein Arbeiter ist durch Verlegerungen erlegen, ein anderer hat sich aus Durch vor Strafe vor einen Friedensordner geworfen und ist getötet worden.

Essen. Das Landgericht hat die Klage der Fahrzeugfabrik

Eifelbach (Eichard) auf Löschung des Schuppen gebraucht

zu untersuchen. Das Landgericht hat die Klage abgewiesen.

Am Prozeß handelt es sich darum, der der Klägerin nachstehenden

Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik die Abholung eines bestimmten Typs der Oberlast für Rohrrohrlaufgerüste zu ermächtigen, der durch das erwähnte Gebrauchsmuster für Stahl geprägt ist.

Frankfurt a. M. Das Oberkriegsgericht verurteilte den Unteroffizier F. A. Hoffmann von der 5. Batterie des Feldartillerie-Regiments in Mainz wegen Misshandlung Untergebenen in 698 Eingefallen, von denen 688 als minderjährig angesehen wurden, zu 1 Jahr Gefängnis und zur Degradation.

Stuttgart. In Anwesenheit des württembergischen Königs, der abgängige Mitglieder des Königshauses und der Staatsminister wurde heute am Geburtstage Schillers das vom Schwäbischen Schillerverein erbaute Schiller-Museum in Weimar feierlich eingeweiht. Die Weiherede hielt der Rektor der höheren Technischen Hochschule Prof. Weitbrecht. — Der langjährige Professor der Philosophie in Tübingen, v. Sigwart, ist unter den Besuchern zum Geheimen Rat in den Ruhestand versetzt worden.

Graz. Der Landtag nahm eine Reform des Landtagswahlrechts an, durch das die direkten und geheimen Wahlen eingeführt und eine vierte Karte mit 8 Mandaten geschaffen wird.

Paris. (Priv.-Tel.) „Algizar“ erfuhr, daß mit anderen

Missionen auch Graf Lambsdorff seines Amtes ent-  
hoben und durch den Gesandten in Kopenhagen Jacobson ersetzt

werden soll. Eine Änderung in der auswärtigen Politik, fügt

das Blatt hinzu, bedeutet dieser Personenumwandlung nicht.

Rom. (Priv.-Tel.) Ministerpräsident Giolitti erhielt,

wie die „Avvenio Stefani“ mitteilt, in der vergangenen Nacht

zwei Briefe des verstorbenen Finanzministers Rizzo. In dem

einen beriefen sich dieser Giolitti, dem König sein Entlassungs-

gedanke als Finanzminister zu unterbreiten, in dem zweiten teilt